

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947**

622 (9.10.1947)

Bergbau in Französisch-Marokko

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

wird. Andere Minen sind im Süden gelegen, besonders im Sirova-Massiv, zwischen den Tälern des niederen und hohen Atlas. Die jährliche Förderung liegt bei 15 000 t und kann noch gesteigert werden; aber die Gewinnung wird durch das Fehlen von Transportmitteln gehindert. Die Regierung hat jetzt Eisenbahnmateriale und schwere Lasten beschafft. Die Entwicklung dieser Förderung ist für das Mutterland Frankreich von großer Bedeutung, weil hierdurch seine Stahlindustrie mit marokkanischem Mangan versorgt werden kann. Eine Gesellschaft für Stahluntersuchung wurde in Marokko gegründet; sie hat die Möglichkeit im Auge gefaßt, die einheimischen Erze mit Hilfe von einheimischem Brennstoffmaterial zu verarbeiten. Eine Gesellschaft mit einem Kapital von 150 Mill. Franken wurde gegründet, um die Mineralbaldzonen, insbesondere die von Mgadad, auszubauen.

4 Untersuchungen sind vorgesehen, um die Bleiverkationen auszunutzen. Der marokkanische Staat wird sich daran beteiligen. Man hofft die Förderung auf 300 000 t jährlich zu bringen. Andere Projekte, unter ihnen solche auf lange Sicht, sehen die Ausbeute der Kupferminen von Antiatlas — die Gewinnung von Zinn, Zink, Vanadium und Molybdän vor, sowie die Errichtung von Fabriken zur Herstellung von Düngemitteln. Um jedoch alle diese verschiedenen Projekte durchführen zu können, werden neben Kapitalien auch Arbeitskräfte und Triebkraft benötigt. Die eingeborene Bevölkerung stellt eine ausgezeichnete Arbeitskraft dar. Es bleibt also das Problem der Energiebeschaffung.

Bisher gibt es nur eine wichtige Kohlengrube, die in der Nähe der Verkommen von Djerrada, südwestlich von Oujda liegt. Das Gesamtvorkommen beträgt 19-20 Millionen Tonnen. Im Jahre 1945 erreichte die Produktion 174 000 Tonnen und wurde hauptsächlich von einheimischen Fabriken und der marokkanischen Eisenbahn verbraucht. Das Unternehmen liegt in Händen einer belgischen Gruppe. Es wurde jedoch eine neue Gesellschaft gegründet, die „Nordafrikanische Kohlengesellschaft“ mit einem Kapital von 1,130 Mill. Franken, an der sich der französische Staat, die marokkanische Regierung und jene belgische Gesellschaft beteiligten. Die Gesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, alle Braunkohlevorkommen in Französisch-Marokko auszubauen. Es wurde bereits ein Vorkommen von fetter Kohle südlich von Casablanca entdeckt; in der Gegend von Agadja und Marokko führten Untersuchungen bereits zu interessanten Ergebnissen. Die Suche nach Erdölvorkommen ist in den Händen der marokkanischen Gesellschaft für Erdöl. Bisher hat diese Gesellschaft über 11 000 m Bohrungen durchgeführt. Die Produktion betrug 1943: 3 400 t. Der Mangel an modernem Material hat die Bohrungsarbeiten verlangsamt. Heute hat man diese Schwierigkeiten überwunden.

Das Problem der Kohlen- und Erdölvorkommen ist mit dem der Elektrifizierung verknüpft. Tatsächlich arbeiten die durch Wasserkraft betriebenen Anlagen mit thermischen Anlagen zusammen. Die Wasserkraftanlagen liefern z. Z. 34 450 kw-Stunden pro Jahr. Die thermische Zentrale liefert 31 500 kw-Stunden, von denen 26 500 aus dem Kohlevorkommen von Djerrada und 5 000 durch Dieselöl gewonnen werden. Die thermische Produktion ist deshalb von Interesse, weil sie nicht nur Spitzenleistungen ermöglicht, sondern auch eine Belieferung mit elektrischem Strom sogar in Fällen von außerordentlicher Trockenheit zuläßt. Die marokkanische Regierung hat ihre Rechte auf den Betrieb thermischer Stationen der Gesellschaft für elektrische Energie von Marokko abgetreten, welche als Interessengemeinschaft betrieben wird.

Wie man sieht, erfolgt die Ausbeute der marokkanischen Mineralvorkommen an Ort und Stelle, soweit dies die Gegebenheiten zulassen, doch gehen die Bestrebungen dahin, einen Export, sobald die Produktion den Energiebedarf des Landes übersteigt, zu ermöglichen.

Nouvelles France
DIREKTION — REDAKTION
ADMINISTRATION — DRUCKEREI
Marktplatz 4 — Konstanz a. B.
Fernsprecher: Konstanz 300
Abonnements in der
französischen Zone
bei allen Postämtern
In der brit. u. amerik. Zone nur
zu Einzelbestellung erhältlich
F. JULIEN
Verlagsdirektor

AUSLAND

Frankreich

Vor einer Umbildung der französischen Regierung
PARIS, 8. Okt. — Eine Umbildung des französischen Kabinetts mit einer gleichzeitigen Verminderung der Ministerzahl wurde in französischen politischen Kreisen, die Hamadier nahesteht, für möglich gehalten. Hamadier selbst würde wahrscheinlich das Innenministerium übernehmen, um eine schärfere Anwendung des Schwarzanzugsatzes durchzuführen und um gegen die kürzlich erfolgten gestrichelten Zwischenfälle bei Lebensmitteltransporten entgegenzutreten.

Polen

Primas von Polen gegen Unterdrückung der katholischen Kirche
WARSAU, 8. Okt. — In einem Hirtenbrief, der in allen katholischen Kirchen Polens zur Verlesung kam, fordert der Primas von Polen, Kardinal Hlond, die Aufhebung der Freiheitsbeschränkungen, die der polnischen katholischen Kirche auferlegt seien. In dem Hirtenbrief, der eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen Lage der katholischen Kirche in Polen enthält, fordert Kardinal Hlond die Einstellung der Verlesung, die katholische Bevölkerung durch Druckmittel zum Eintritt in Parteien zu veranlassen, deren politischen Grundsatze dem katholischen Glauben widersprechen.

Tschechoslowakei

Die Untersuchungen über die „slowakische Verschwörung“
PRAG, 8. Oktober. — Die Untersuchungen im Zusammenhang mit der „slowakischen Verschwörung“ zur Schaffung eines unabhängigen slowakischen Staates sind abgeschlossen worden. 208 Personen sind im Verlaufe der Fahndungen verhaftet worden. 237 „Verschwörer“ befinden sich noch in Gewahrsam, während 85 andere, die sich nicht in Haft befinden, ebenfalls vor Gericht gestellt werden sollen. In der offiziellen Verlautbarung hierzu heißt es, daß die „Verschwörer“ beabsichtigt hätten, den Staatstreich zu einem „gezielten Zeitpunkt“ durchzuführen. Sie zielten, wie aus der Erklärung hervorgeht, mit slowakischen Einheiten im Ausland in Verbindung getreten haben, unter diesen der ehemalige slowakische Geschäftsträger beim Vatikan, Dr. Karl Sidor.

Bulgarien

Waffenlager in Bulgarien entdeckt
LONDON, 8. Okt. — Bulgaren Sicherheitsbehörden haben in einem Kommando die Entdeckung eines großen Waffenlagers bekannt. Dieses Lager, in dem sich mehrere hundert Kilogramm Sprengstoff, Nachschubgeschosse, Waffen, Munition und Uniformen befinden, ist dem Kommando zufolge in der Nähe des Geländes der aufgelösten Agrarpartei Nikola Petkoffs aufgefunden worden.

Dänemark

Die Ziele der dänischen Politik
KOPENHAGEN, 8. Okt. — Der liberale Ministerpräsident Knud Christensen, gegen dessen Regierung das Mißtrauen ausgesprochen wurde, nahm vor dem Parlament zu den Zielen der dänischen Politik Stellung. König Frederick von Dänemark eröffnete die Sitzung und betonte eindringlich, daß eine Zusammenarbeit für Frieden und Verständigung unter den Völkern heute mehr als zuvor nötig sei.

Christensen regte dann das Wort an und erklärte, die Regierung beabsichtige eine weitere Teilnahme Dänemarks an der internationalen Zusammenarbeit entsprechend seiner Stellung als Mitglied der UNO. Zum Problem der dänischen Minderheiten in Südschweden sagte Christensen, man werde weiterhin danach streben, den dänischen Charakter dieses Gebietes zu stärken. Er hoffte, daß Südschweden das Selbstbestimmungsrecht erhalten werde. Zur Grönländfrage führte Christensen aus, die Verhandlungen mit den USA für die Aufhebung des Grönländabkommens würden fortgesetzt. Bei diesem Abkommen handelt es sich um eine 1941 in Washington unterzeichnete Vereinbarung, wonach Grönländ dem Schutz der USA unterstellt wurde.

Griechenland

König Paul: Totaler Krieg der griechischen Truppen

ATHEN, 8. Okt. — König Paul von Griechenland erklärte bei Beendigung seiner Besichtigungstour des Kampfgebietes in Nordgriechenland, die griechische Armee kämpfe „inner- und außerhalb des Landes einen totalen Krieg“ gegen einen verschlagenen Feind. Er gab seiner „großen Zufriedenheit“ über den Erfolg der griechischen Armee Ausdruck und sollte den kämpfenden griechischen Truppen seine Anerkennung.

APF meldet aus Athen, daß 5000 Partisanen unter dem Kommando General Markos von griechischen Regierungstruppen zwischen Larissa und Lamia in Thessalien eingeschlossen sein sollen.

Vereinigte Staaten

USA kürzen Kohlenexporte

WASHINGTON, 8. Okt. — Eine Verminderung der amerikanischen Kohlenexporte im November um eine halbe Million auf 3,5 Millionen Tonnen gab das amerikanische Handelsministerium bekannt. Von den Exporten sind drei Millionen Tonnen für Europa bestimmt. Das Handelsministerium begründete die Verminderung mit der Knappheit an Güterwagen und jahreszeitlich bedingten Schwankungen in der amerikanischen Kohlenversorgung. Im Oktober ist eine Ausfuhr von über 4 Millionen Tonnen vorgesehen.

DEUTSCHLAND

Wird der Ruhrplan geändert?

LONDON, 8. Okt. — Großbritannien und die USA werden voraussichtlich in dieser Woche Frankreich und die Zollunion Benelux davon informieren, daß sie zur Abänderung einiger Punkte des anglo-amerikanischen Planes für die Ruhrkohlenbergwerke bereit sind, aber beabsichtigen, die in dem Plan niedergelegten Hauptpunkte durchzuführen. Die Regierungen der vier Länder hatten gegen den auf der Ruhrkohlenkonferenz von Amerika eingehenden Vorschlag protestiert, die Verantwortung der Grubenverwaltung in deutsche Hände zu legen.

Französische Zone

Außenhandelsminister

in der französischen Zone gebildet
BADEN-BADEN, 8. Okt. — Zur Förderung des Außenhandels der französischen Zone wurden laut Söden von der französischen Militärregierung Anordnungen über die Bildung von „Provinzialräten für die Ausfuhr“ und von Außenhandelsministern erlassen. In den einzelnen Ländern der französischen Besatzungsgebiete sollen danach auf Grund einer Abordnung des Administrateurs General Pierre Laffon Provinzialräte für die Ausfuhr errichtet werden, die sich aus dem Staatssekretär für Wirtschaft oder seinem Vertreter als Vorsitzenden, je einem Vertreter des Handels- und der Landwirtschaftskammer des betreffenden Landes sowie einem oder mehreren Delegierten der Berufszweige, die die wichtigsten Industriezweige vertreten, zusammensetzen sollen. Die Provinzialräte unterstützen, durch welche Mittel die Ausfuhr gesteigert werden könne und entscheiden über die Einfuhr, die auf Grund eines Devisenplans für zusätzliche Ausfuhren erfolgen können.

Die Verschwörung der deutschen Diplomaten

TÜBINGEN, 8. Okt. — Der stellvertretende amerikanische Anklagevertreiter in den Nürnberger Prozessen, Professor Dr. Kempner, sprach im Festsaal der Tübinger Universität zu dem Thema „Die Verschwörung der deutschen Diplomaten“. Prof. Dr. Kempner wies u. a. darauf hin, daß noch nichts in der deutschen Literatur zur Aufklärung des deutschen Volkes über die deutsche Außenpolitik erschienen sei und wie die Männer des Auswärtigen Amtes tatsächlich eine Verschwörungsgruppe waren in der Gefolgschaft Hitlers und seiner Minister mit dem Ziel, die Brandfackel in die Welt zu werfen und der Absicht, Hitlers Pläne von 1931, Europa deutsch zu machen, zu realisieren. Die ganze Tragik habe begonnen, als die deutschen Diplomaten nicht gegen die von Hitler mit seinen vertrauten Generalen und Ministern geführten Ansprachen zu opponieren wagten. Die Gefügigkeit gegen Hitler sei der erste Schritt zum Krieg gewesen.

Britische Zone

Massenempfehlung im kommenden Winter

AACHEN, 9. Okt. — Auf einer Tagung der Stadtverordneten in Aachen wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, Vorbereitungen zu treffen, um im kommenden Winter eine Massenempfehlung von etwa 30-40 000 Menschen durchführen zu können. Diese Maßnahme, so wurde erklärt, sei angesichts der gegenwärtigen Versorgungslage mit Kartoffeln unbedingt erforderlich.

Amerikanische Zone

Zwei Jahre Länderrat

STUTTGART, 8. Okt. Der holländische Ministerpräsident Dr. Hendrik Meier eröffnete hier am Dienstag die unendlich des zweijährigen Bestehens angewandten europäischen Tagung des Länderrates und gab einen Überblick über die Aufgaben dieser Institution. Das sichtbar werdende Hinbewachsen des parlamentarischen Rats in seine Aufgabe, nämlich die Abgrenzung der Gesetzgebungsbefugnis des Landtages einerseits und des Länderrates andererseits sowie die Entwicklung des Länderrats zu einem politischen Forum seien die Kennzeichen der Arbeit des Länderrates.

Der Ministerpräsident kam dann auf die Tätigkeit der drei Gesetzgebungsorgane (Wirtschaftsrat, Länderrat und der Landtag) auf deutscher Seite und über die Tätigkeit der beiden Mil-Rat, in Gesetzgebung und Verwaltung zu sprechen. Er forderte einen überlegten und disziplinierten Ordnungssinn aller Beteiligten. Alle Maßnahmen müßten auf die dringendsten Tagesnachte dieses Winters konzentriert sein.

Dr. Baumgartner wirft Wirtschaftsrat Zentralismus vor

AUGSBURG, 8. Oktober. — Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner bezieht die Tätigkeit des Wirtschaftsrat in Frankfurt dem Zentralismus. Wenn beispielsweise ein Kartoffelgesetz erlassen würde, so sagte Baumgartner, dann soll wenigstens eine Rücksprache mit den Ministern des Agrarlandes vorausgehen. Es sei geplant gewesen, einen Kartoffelkommissar zu bestellen und ihm „vor die Nase zu setzen“. Sollten Präfer von Frankfurt auch hierher kommen, ohne von mir bedacht zu sein, so ermächtige ich hiermit die Bayern, um sich dem Lande zu jagen.“

Bizone

Wirtschaftsbesprechungen zwischen Türkei und Bizone

DÜSSELDORF, 8. Okt. — Die Türkei führt gegenwärtig Verhandlungen mit dem Vereinigten Export-Import-Agentur (EIA) und dem Verwaltungsrat für Wirtschaft über die Lieferung einer vollständigen Einrichtung für eine Dreifachmühle, sowie über die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen und starker Traktoren. Als Gegenleistungen der Türkei können pflanzliche Öle, Baumwolle und Chromerze in Frage. Bei diesen Besprechungen sollen auch die Möglichkeiten eines Verrechnungsabkommens geprüft werden.

SAARLAND

Zusammentritt des Saarlandtages

Der neu gewählte saarländische Landtag tritt am 14. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung in Saarbrücken zusammen. Dem wird bekannt, daß an der Eröffnungssitzung neben anderen hohen Persönlichkeiten auch der französische Oberkommandierende in Deutschland, General Koenig, teilnehmen wird. Unmittelbar nach der feierlichen Eröffnung wird das erste saarländische Parlament seine Arbeit aufnehmen. Der Landtag wird über den vorliegenden Verfassungsentwurf beschließen und über die Bestimmung der Hof- oder sechs zu bildenden Ministern entscheiden. Mit Bestimmtheit wird angenommen, daß 11 Verordnete der Christlich-Sozialen Volkspartei, Johannes Hoffmann, den Posten des Ministerpräsidenten erhält.

Resignation in Lake Success

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

Lake Success ist die Hauptstadt dessen, was man als „Resignation universelle“, eine allgemeine Resignation bezeichnen könnte. Immer mehr schwindet das bislang so rege Interesse der amerikanischen öffentlichen Meinung für das auf dem Boden der Vereinigten Staaten tagende Weltparlament. Heute hat man andere Dinge im Auge: die Schaffung des neuen Komintern, den Marshallplan und die Lebensmittellage. Es sind dies übrigens drei Aspekte eines und desselben Problems. Will man Europa erdrehen, so muß man sich bei jeder Mahlzeit mit einer einzigen Stelle begnügen. Dabei kann Europa nicht gerunden, wenn es nichts zu essen hat. Aber Europa muß gesunden, soll es nicht dem neuen Komintern preisgegeben werden. Sei es nun im Schoße der UNO, sei es anderswo: überall trägt die amerikanische Politik deutlich den Stempel der Erkenntnis, daß sich mit den Sowjets nicht zusammen arbeiten läßt. Die Frage, ob Washington Moskau neue Zugeständnisse machen werde oder nicht, erübrigt sich. Die Zeit der Konzessionen ist schon lange vorüber.

Dies hat nichts mit feindseligen Absichten gegenüber der Sowjetunion zu tun, obwohl immer wieder leichtlich Worte gebraucht werden, wie „Attacker“, „Offensive“, „Strategie“, und dergleichen mehr. Aus der Unmöglichkeit, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten,

sehen, scheint sich für die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit zu ergeben, so zu handeln, als existierten die Sowjets überhaupt nicht. Es gilt, zu beweisen, daß die durch den Krieg erschütterte Welt auch ohne Zuzufuchtahme zu irgend einer der marxistischen Theorien wieder zu Blüte und Wohlstand gelangen kann. Gelingt es, diesen Beweis zu erbringen — worin man hier übrigens nicht zweifelt — so ist man überzeugt, daß die Sowjets ihre Haltung und ihre internationale Politik ändern werden. Für den Augenblick ist jedoch von einer derartigen russischen Anpassung nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil! Die Sowjetunion ist und bleibt Mitglied der UNO. Das Spiel muß demnach ausgetragen werden, so enttäuschend es auch sein mag. Die Vereinigten Staaten denken nicht daran, den Ausschluß der Sowjetunion aus der UNO zu verlangen, ebenso wenig, wie sie einen von dem westlichen Alliierten allein zu unterzeichnenden Friedensvertrag mit Deutschland im Sinne haben.

Sollte sich, was man hier nicht glaubt, die Sowjetunion eines Tages doch aus Lake Success zurückziehen, oder sollte sich ein Vierervertrag als absolut aussichtslos erweisen, so würden die Vereinigten Staaten trotz alledem nicht auf das Weltparlament — auch ohne die Sowjetunion — verzichten, ebenso wenig wie auf die endgültige Organisation Deutschlands (ohne die Ostzone).

Das Ausland schreibt:

VEREINIGTE STAATEN

BEILDUNG DER KOMMUNISTISCHEN INFORMATIONENSTELLE

Die amerikanische Presse bringt ausführliche Kommentare zu der Bildung einer kommunistischen Informationsstelle in Warschau, welche die kommunistischen Parteien von neun europäischen Ländern zusammenstellt. „NEW YORK TIMES“ schreibt, daß zwischen dem früheren Kontinental und dieser neuorganisierten Informationsstelle ein erheblicher Unterschied besteht.

„Die meisten“, schreibt das Blatt, „wende sich an den Präsident der ganzen Welt zwecks Errichtung einer internationalen Sowjet, Ziel der letzteren ist hingegen, in den europäischen Ländern Regierungen zu schaffen, deren Politik vonmwendig gegen die Vereinigten Staaten gerichtet ist.“

Solange die sowjetischen Armeen nicht über die russischen Grenzen hinaus, besonders hier keine Kriegsgewalt zu betreiben. Die USSR wagt ihre Politik unabhängig fortzusetzen können, was natürlich nicht bezagen will, daß die Demokratisierung die Hände in den Schos legen und der sowjetischen Parteilichen unbillig zusehen sollen. Die erste strategische Maßnahme ist der Aufbau Westeuropas mit Hilfe der Truman-aktung und des Marshallplans.“

„NEW YORK HERALD TRIBUNE“ fordert die Amerikaner auf, zu verlangen, daß ihre Regierung endlich von Worten zu Taten übergehe, was die Europaerle anbelangt.

„Alles Reden hilft nicht, wenn wir nicht zugleich Kohles und Lebensmittel senden.“

Satliche übrige Zeitungen bemerken das „Wirtschafts-Magazin“ als eine „Kriegspropaganda an die Vereinigten Staaten“. Und „NEW YORK DAILY MIRROR“ bemerkt, daß „jeder Kommunist, sei er Amerikaner oder nicht, in Zukunft als Feind der Vereinigten Staaten angesehen werden sollte.“

U.D.S.S.R.

IN DER UNO

Jockow und Jarkow, die New Yorker Korrespondenten der „PRAWDA“ haben mit ihren regelmäßigen Berichten über die Sitzungen der Generalversammlung der UNO fortgesetzt. Gestern malten sie die öffentliche Verurteilung in den Reihen der amerikanischen Delegation, die „unfähig geblieben hatte, den anderen Mächten in der Versammlung vorzutreten.“

„Es ist klar“, heißt es in dem Artikel, „daß diejenigen, die glauben, die Leitlinien der Generalversammlung in Händen zu halten, viel von ihrem hochbedeutenden Wert abgeben müssen. Man kann sogar bis zu der positiven Behandlung gehen, daß die amerikanischen Delegierten sich verweigert im Saal zu erscheinen. Würden eine Gelegenheit für die Diplomaten des Staatesdepartements, endlich einzusehen, daß es nicht immer so leicht ist, die Rechte der anderen großen Mächte unberechnigt zu lassen und letzten Endes Bestandteile aufzuwiegen zu wollen, die lediglich Amerika zustatten kommen. Alle, welche die Arbeiten der Generalversammlung der UNO genauer verfolgen, haben festgestellt können, daß diese internationale Organisation, in oft Unmöglichkeiten zwischen den Großmächten entstanden, nur noch stärke Instabilität zu lassen und letzten Endes Bestandteile aufzuwiegen zu wollen, die lediglich Amerika zustatten kommen.“

Neu Abhandlungen waren allein notwendig, um die Ukraine und Lettland in den Sicherheitsrat aufzunehmen. Vier Wahlgruppen trugten es zu der Aufnahme neuer Mitglieder in den Sicherheitsrat. Dabei war das Resultat dieser ganzen Abstimmungen gleich Null, da keiner der Kandidaten die erforderliche Zweidrittelmehrheit erlangte. Am gleichen Tag brachen die New Yorker Zeitungen in „Kisselortern“. „Die Generalversammlung ist eine Sackgasse.“

Die Verhandlungen über die griechische Frage sind ebenso fruchtlos geblieben. Schon zwei Wochen stehen sie auf der Tagesordnung des politischen Ausschusses und haben neuerdings eine glücklich unerwartete Wendung genommen, die keineswegs zum Vorteil der amerikanischen Delegation ist.

Wenn wir bei der juristischen Ausdruckweise bleiben wollen, in der sich die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritannien von Anfang an äußerten, können wir feststellen, daß auf der Auktionsbank heute nicht etwa die südlichen Nachbarn Großbritanniens sitzen, sondern Großbritannien und die Vereinigten Staaten und zwar wegen Einmitigung in ihrem uristischen Angelegenheiten.

Die sowjetische Delegation hat den wahren Kern der griechischen Frage herausgeschillert und aufgedeckt, daß die Frage mit dem Problem der Kriegsverbrechen zusammenhängt, dessen Klärung von der ganzen Welt mit Ungehor erwartet wird.

Die Sowjetdelegation hat weiter erklärt, daß die von England und Amerika beschlossene griechische Provokation durchaus gerecht ist, dem Beispiel eines Politikers der Balkanstaaten zu folgen, der zu einer Zeit, da diese Gegen die da Palverfall Europas gilt, nichts Ungeheuerliches getan hat, seine Weltkrieg zu entfachen, nur um sich dabei eines Bierkuchens backen zu lassen.“

